

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort:
Tageblatt Riesa.
Ferien Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Verkauf:
Riesa Nr. 52.

Nr. 96

Mittwoch, 25. April 1934, abends

87. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gewöhnliche 40 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 20 mm breite, 3 gespaltenen Zeilen- oder Textzeile 25 Pf. (Grundpreis: 2 Pf. im hoch). Nachweisungsgebühr 27 Pf., zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fehlerhaftem unvollständigen Manuskript wird Haftung abgelehnt. Telefonisch aufgegebenen Anzeigen ohne Gewähr. Freie Tarife. Bei Einstellung der Gebühren durch Klage oder in Konfliktfällen, sowie durch Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa bewilligte Nachlass in Aussicht genommen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irreversibler Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Druckerei: Heinrich Lehmann, Riesa, verantwortlich für den gesamten Textteil. Stellvertreter: Rudolf Büttner, Riesa. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Wilhelm Dietrich, Riesa. D.N. III. 34: 9600.

Barthous Warschauer Besprechungen Ernüchterung über Polen in Paris

W Warschau. Ueber den Besuch des französischen Außenministers Barthous in der polnischen Hauptstadt wird folgende amtliche Mitteilung ausgeben:

Der zweitägige Besuch Barthous in Warschau hat zu einem längeren und aufrichtigen Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern der polnischen Regierung und Minister Barthous geführt. Die Besprechungen bezogen sich auf die allgemeinen Verhältnisse der polnischen und der französischen Politik und erstreckten sich auf alle in Vordergrund stehenden Fragen, die insbesondere die beiden Länder interessieren.

In einer Reihe von Unterhaltungen, die Barthous mit dem polnischen Außenminister Bed hatte, und insbesondere im Laufe einer sehr langen Unterredung mit Marshall Pilsudski am 23. April im Belvedere wurde vor allem festgestellt, daß die Grundlagen des polnisch-französischen Bündnisses absolut unverändert blieben und daß dieses Bündnis ein wichtiges konstruktives Element in der Entwicklung der europäischen Politik bildet.

Die Prüfung der großen aktuellen Fragen hat den gemeinsamen Willen beider Regierungen betätigt, die lokale Zusammenarbeit besonders zugunsten des europäischen Friedens fortzusetzen.

Die Reise Barthous nach Krakau, wo er zusammen mit Außenminister Bed den letzten Tag seines Aufenthaltes in Polen verbringt, wird beiden Ministern Gelegenheit geben, ihre Unterhaltungen in derselben Atmosphäre der Herzlichkeit fortzusetzen.

Ausführung der französischen Begeisterung über die „großen Erfolge“ Barthous in Warschau

W Paris. Nach den ersten Vorgesängen der französischen Presse auf die „großen Erfolge“ des französischen Außenministers in Warschau geht man jetzt zu einer etwas realistischen Auffassung über. Die Blätter unterstreichen immer noch das herliche Einverständnis Barthous mit den führenden polnischen Politikern, müssen aber angeben, daß Polen trotz allen Entgegenkommens keine volle Handlungsfreiheit bewahren will, weshalb die praktische Anwendung des französisch-polnischen Bündnisses vom Jahre 1921 zum mindesten sehr heikel erscheint.

Paris. Seit abt dieser Auffassung offen Ausdruck. Pilsudski, so schreibt der Warschauer Sonderberichterstatter des Blattes, habe dem französischen Außenminister deutlich zu verstehen gegeben, daß er nicht an die Stabilität der augenblicklichen französischen Politik glaube. Solange Polen deshalb keine greifbaren Garantien für die Kontinuität der französischen Politik in Händen habe, wolle es sich keine Handlungsfreiheit einlassen. In der gleichen Richtung verläuft die Erklärung, die ein enger Mitarbeiter des polnischen Außenministers dem Vertreter des Intendantats gegeben hat.

Das Journal des Debats zieht aus den Warschauer Besprechungen ebenfalls die Schlußfolgerung, daß Polen sich eine sehr große Handlungsfreiheit vorbehalte. Das polnisch-französische Bündnis habe außerdem nur dann Wert, wenn man in den hauptsächlichsten internationalen Fragen zu einer vollkommenen Meinungsvereinbarung gelangt, so insbesondere in der Frage der Rüstung, des Ausschusses und der polnischen Beziehungen zur Kleinen Entente.

Der radikalsozialistische Notre Temps zeigt sich von allen Pariser Blättern am realistischsten und erklärt, während Außenminister Bed eher zurückhaltend und sogar fast gewöhnlich sei, habe Barthous eine leere Rede gehalten, die einem Akademiker Ehre machen würde, wobei er aber ganz vergessen habe, daß es eine Hierarchie der Mächte gebe. Diese Hierarchie habe selbst der Völkerbund anerkannt, der Handlungen Barthous aufmerksam lese, so habe man unbedingt den Eindruck, daß er nach Warschau gegangen sei, um dort eine Anleihe aufzunehmen. Das Gegenteil scheint aber der Fall zu sein. Denn nach den letzten Informationen sehe es aus, als ob Frankreich Polen einen neuen Kredit eröffnet habe, der von vornherein als verloren angesehen werden könne.

Wie der Warschauer Savas-Korrespondent meldet, hat Barthous beabsichtigt, demnach französisch-polnische Wirtschaftsverhandlungen einzuleiten, um die gegenseitigen Beziehungen auch auf diesem Gebiet einer Klärung entgegenzuführen.

Barthou und Bed in Krakau

W Warschau. Barthou und der polnische Außenminister Bed sind in Begleitung von Beamten des polnischen Außenministeriums, der französischen Botschaft sowie polnischer und französischer Journalisten kurz vor Mitternacht in Krakau eingetroffen.

Freispruch im Waltershaufener Mordprozeß

Schweinitz (Zustimmung). Nach dreiwöchiger Verhandlungsdauer sprach das Schwurgericht Schweinitz am Mittwoch vormittag 11,45 Uhr den Angeklagten Karl Viebia von der Anklage eines Verbrechens des Mordes und eines versuchten Verbrechens des Mordes frei.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die sich während der Beweisaufnahme ergebenden Verdachtsmomente nicht zu einer Verurteilung ausreichen und daß außerdem nach wie vor auf Frau Werther der Verdacht der Täterschaft lastet.

Für die Annahme, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Straftat begangen hat, sind zwar in der Hauptverhandlung gewichtige Verdachtsgründe hervorgehoben, sie reichen aber für eine Verurteilung nicht aus. Zunächst gilt das für die Anklage der Jungfrau Wilhelmine Werther. Wenn auch bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß sie an der Ermordung ihres Mannes irgendwie beteiligt gewesen ist, nicht bestehen, so sind immerhin einige Ver-

dachtsgründe geblieben. Infolgedessen ist auch von ihrer Verurteilung abgesehen worden.

Die Schlüssigkeit des Gutachtens von Dr. Basse soll nicht bestritten werden, aber für sich allein kann dieses Gutachten eine Verurteilung nicht tragen. In Sachen des Angeklagten kommt in Betracht, daß ein Beweigrund, aus dem er die Tat verübt haben könnte, nicht erkennbar geworden ist. Für die Annahme der Anklagebehörde, daß der Täter sich in diebstahlischer Absicht in die Räume eingeschlichen habe, kann kein Anhaltspunkt festgestellt werden. Am Körper und an den Kleidern des Angeklagten wurden Blutspuren nach der Tat nicht nachgewiesen. Ueberdies ist ungewiß geblieben, wie der Angeklagte die Mordräume hätte betreten und wieder verlassen können.

Bei dieser Sachlage kam es zur Freisprechung des Angeklagten von der ihm zur Last gelegten Anklagebildung und zwar mit gleichzeitiger Kostenfolge auf § 67 Riff. 1 des Strafgesetzbuches. Damit erledigt sich auch der Antrag eines Haftbefehls gegen Viebia.

Rücktritt des spanischen Kabinetts

W Madrid. Das Kabinett Ferrer hat soeben dem Staatspräsidenten seinen Gesamtrücktritt erklärt, der von diesem auch angenommen worden ist. Die Gründe hierfür sind in der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kabinett und dem Präsidenten über das Amniengezet zu suchen.

Starhemberg Vizefinanzler?

Jeg Sicherheitsminister?

In den in den letzten Tagen lebhaft geführten Beratungen innerhalb der Regierung über die Umbildung des österreichischen Kabinetts ist, wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, jetzt eine Wendung eingetreten. Während bis vor kurzem allgemein angenommen wurde, daß im Zug der Neubildung der Regierung Vizefinanzler Jeg aus dem Kabinett ausscheiden und einen hohen diplomatischen Posten im Ausland erhalten würde, soll jetzt eine Ueberreinstimmung dahin zustande gekommen sein, daß Starhemberg den Posten eines Vizefinanzlers ohne Geschäftsbereich übernimmt. Jeg wird danach weiter als Leiter des Sicherheitswesens, das in ein Sicherheitsministerium zusammengefaßt werden soll, im Kabinett bleiben. Dagegen rechnet man mit dem Ausscheiden des dem Landbund nahestehenden Innenministers Ferrer und des Staatskommissars für Justiz, Stah. Ein Wechsel auf dem Posten des Bundespräsidenten soll nach den bisherigen Plänen der Regierung vorläufig nicht eintreten.

England-Amerika im Osten

In amtlichen Kreisen in Washington wird zugegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem Londoner Außenamt über eine gemeinsame Haltung gegenüber den Erklärungen, die Botschafter Saito dem Washington Star gab, Verhandlungen begonnen habe. Englands Anfrage in Tokio sei durchaus im Sinne der Washingtoner Regierung gehalten. Die Verhandlungen zwischen Washington und London über die Fernostfrage halten an; sie dürften je nach dem Ausfall der Antwort Japans möglicherweise zu einer öffentlichen Stellungnahme beider Länder führen.

Inzwischen ist Botschafter Saito bemüht, die Erregung, die seine Ausführungen in Washington hervorgerufen haben, zu dämpfen. Er erklärte, Japan plane weder ein Protektorat in China, noch eine Verletzung des Reun-Rächtevertrages. Japan verlange jedoch, daß China seinerseits nicht gegen den Grundlag der Offenen Tür verstoße. Der Botschafter meint offenbar hiermit den Boykott japanischer Waren in China.

Eine Unterredung mit dem Beauftragten für Abrüstungsfragen

W London. Der Beauftragte für Abrüstungsfragen, Joachim von Ribbentrop, erklärte einem Reutersvertreter in einer Unterredung u. a.: Er vertraue daran, daß trotz vieler Schwierigkeiten der gesunde Menschenverstand schließlich durchsetzen und zu einer dauernden Lösung des Abrüstungsproblems führen werde. Sein Ziel sei, den Weg für ein Abrüstungsabkommen zu ebnen, das auf Gleichheit beruht und Europa den Frieden gibt und somit in diesem Teil der Welt das Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens wiederherstellt, das für die Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens so bitter notwendig ist. Die Lage müsse geklärt werden, aber er glaube, daß in allen Ländern der Gedanke mehr und mehr Boden gewinnt, daß das ursprüngliche Recht der Selbstverteidigung und der Gleichheit, das jede Nation von Gott für sich beansprucht, Deutschland nicht verläßt werden kann. Aus persönlicher Erfahrung habe er den Eindruck gewonnen, daß beinahe allenhalben der Mann auf der Straße diese Tatsache bereits anerkannt hat. Niemand in der Welt bestreite die Notwendigkeit unserer Forderungen nach Verteidigungsmaßnahmen. Die maßvollen Forderungen Adolf Hitlers und der Reichsregierung zeigten auf der einen Seite den unerklärlichen Willen, das Vaterland zu verteidigen, und ihm das Gefühl der Sicherheit zu geben, und auf der anderen Seite den Wunsch nach einem wahren Frieden in Europa.

Immer wieder Verkleppung

Bekanntlich sollte der Völkerbundsrat auf seiner Sitzung nun endlich das genaue Datum für die Volksabstimmung im Saargebiet festlegen. Wie man nun erzählt, soll die Festlegung weiter hinausgeschoben werden und beabsichtigt sein, die durch den Völkerbund zu bildende Abstimmungskommission, die sich unverzüglich nach ihrer Zusammenziehung ins Saargebiet begeben wird, mit der Vorbereitung der Festlegung des Abstimmungsdatums zu beauftragen. Sollte sich diese neue Verkleppung einstellen, dürfte dies für die Saarbevölkerung eine neue Geduldsprobe bedeuten und ihren Glauben an den guten Willen der Völkerbundsorgane nicht gerade bestärken.

Chinesische Protestnote an Japan

Die chinesische Regierung hat am Dienstag der japanischen Botschaft eine Note zugestellt. Die chinesische Regierung beschäftigt sich darin mit der Stellungnahme Chinas zu der japanischen Erklärung vom 8. April 1934 und betont, die chinesische Regierung lehne über den Inhalt jeder Aussage ab, da unter diesen Umständen eine Verständigung zwischen China und Japan völlig unmöglich sei. Die chinesische Note verwahrt sich besonders gegen die Politik der japanischen Regierung, die darauf hinauslaufe, eine sogenannte „Polizeikontrolle“ über die chinesische Republik zu verhängen.